

Z D 511



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 3,- Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Zeitzeile 2,- Mk., Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

## Carl Legien †

Am 26. Dezember ist der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Carl Legien plötzlich verstorben. Ein tüchtiges Leben hat diesen arbeitsreichen Mann ein Ende gemacht und den Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung, der seit 30 Jahren an der Spitze der freien Gewerkschaften stand, von uns genommen. Mit der Geschichte der deutschen Gewerkschaften ist der Name des Dahingeshiedenen untrennbar verbunden. Sein Geist, sein Wille und sein Streben hat dem Wesen der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung das Signum gegeben. In unermüdlicher Arbeit und eiserner Tatkraft, in froher Schaffenskraft und unbeirrbarer Konsequenz hat er als Arbeiterführer ein Werk mitgeschaffen, das heute in aller Welt die ihm zukommende Bedeutung erlangt hat und auf das wir deutschen Arbeiter mit Recht stolz sein können. Wollen wir die Lebensgeschichte Carl Legiens eingehend würdigen, müssen wir die Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften überhaupt aufrollen. Ihm ist es vornehmlich zu verdanken, der es verstanden hat, tüchtige Männer und Frauen als Mitarbeiter zu gewinnen, die deutschen Gewerkschaften zu der heutigen achtunggebietenden Machtposition geführt zu haben.

Carl Legien war Arbeiter, ein rechtes Proletariatskind. Er, der frühzeitig die wirtschaftliche Not der arbeitenden Klasse und die Mittel zu ihrer Befreiung richtig erkannt hatte, ist Zeit seines Lebens ein echter Arbeiter geblieben. Wohl war er, hauptsächlich in letzter Zeit, schweren Anfeindungen sogar seiner eigenen Klassengenossen ausgesetzt gewesen, von denen viele ihn überhaupt und seine Arbeit nicht kannten. Aber der Glaube an den Erfolg der ihm übertragenen Arbeit ist nie wankend geworden. In seinem Tun und Empfinden, im Handeln und Denken war er klassenbewusster Arbeiter. In seiner ruhigen überlegten Art verschmähte er große tönende Worte und Gesten, mit denen oft andere die Welt erobern wollten. Praktische Arbeit war das Leitmotiv seines Lebens, ihr hat er seine Stellung und seine Erfolge zu verdanken.

Jetzt ist er von uns gegangen. Sein Werk aber besteht. Heute ist es schon einfacher und leichter, was vor drei Jahrzehnten und auch später noch hohe Anforderungen an den persönlichen Mut und die Opferwilligkeit des Einzelnen stellte. Aus den Reihen der Arbeiter sind viele prächtige Menschen hervorgegangen, die Schulter an Schulter mit Carl Legien arbeiteten und kämpften. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung besitzt genügend Befähigte und fuymerprobte Männer und Frauen, die das Erbe des Verstorbenen übernehmen werden. Uns allen erhebt die Pflicht, sein Andenken dadurch zu ehren, daß wir ihm nachsehen und sein Lebenswerk mit dem Erfolge krönen, auf den er während seines ganzen Lebens mit nie rastendem Eifer hingestrebt hat.

Carl Legien wurde am 1. Dezember 1861 zu Marienburg in Westpreußen geboren, ist also fast genau 59 Jahre alt geworden. Von Beruf war er Drechsler. Auf der Gewerkschaftskonferenz am 16. und 17. November 1890 in Berlin, an der 74. Delegierte aller Gewerkschaften teil-

nahmen, wurde er mit den Genossen von Elm und Dammann aus Hamburg, Schwarz-Lübeck, Glode-Berlin, Klotz-Stuttgart und Frau Ihrer-Welken in eine Kommission gewählt, die zur Erledigung der Vorarbeiten für den ersten Allgemeinen Gewerkschaftskongress sich unter dem Namen „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ konstituierte und Legien zu ihrem Vorsitzenden wählte. Die erste Aufgabe der Generalkommission war die Beschaffung statistischen Materials, das im September 1891 veröffentlicht wurde und aus dem hervorging, daß 1890 53 Zentralvereine mit 227 733 Mitgliedern bestanden. Das zweite Erfordernis war die Schaffung eines Publikationsorgans, das zum ersten Male am 20. Januar 1891 unter dem Namen „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ erschien und dessen Redaktion ebenfalls Carl Legien übertragen wurde. Unter vielen Mühen wurden die hauptsächlich in der ersten Zeit sich türmenden Hindernisse überwunden. Der erste Wille aber, unter allen Umständen durchzuhalten, beseitigte alle Schwierigkeiten. Injere verstorbene Paula Spiede sagte anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Generalkommission und ihres Vorsitzenden Legien: „Wie alle Leiter und Leiterinnen unserer Organisationen, die Mitbegründer waren und die, mit Arbeit und Klammern reich beladen, vor neuen schweren Aufgaben standen, so hat auch Carl Legien sich durchkämpfen müssen. Tagsüber an der Drehbank als Drechsler arbeitend, hat er die Abende und viele, viele Nachtstunden für die Erfüllung der übernommenen Pflicht hergeben müssen. Auf Neuland war er gestellt worden, unwirtlich und steinig war der Boden, aber er hat ausgehalten; ja seine Kräfte schienen zu wachsen mit den sich türmenden Schwierigkeiten.“

Ja Carl Legien hat auf seinem Posten ausgehalten bis an sein Lebensende. Mitten in der Arbeit stehend, die mit den Jahren wahrlich nicht geringer wurde, ist er von uns gerissen worden und läßt einen großen Kreis seiner Mitarbeiter und Freunde trauernd zurück. Es ist nicht nötig, hier noch einmal aufzuzählen, welche Erfolge der Generalkommission, dem jetzigen Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, im Laufe der Jahre unter ihres Vorsitzenden Leitung beschieden waren. Erwähnt werden soll nur noch, daß Carl Legien für die internationale Gewerkschaftsbewegung, die seiner Organisationskraft und seinem reichen Können viel zu verdanken hat, unermüdlich tätig gewesen ist.

Was wir Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen bei seinem 25jährigen Dienstjubiläum durch unsere Vorhänge ihm sagen ließen, können wir heute an seinem Grabe nur wiederholen:

Grundehrlich im Herzen, ganz Arbeiter und Proletarier im Fühlen und Verstehen, all des Unrechts, der Sorgen und Mühen bewußt, die die Arbeiterschaft seit unendlicher Zeit erdulden mußte, hast Du, aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, uns jederzeit klar den Weg gezeigt, der zum Aufstieg und zur endlichen Befreiung der Arbeiterklasse führen muß und hast zur Ebnung dieses Weges Dein redlich Teil dazu getan.

Für die Woche vom 2. bis 8. Januar 1921 ist die Beitragsmarke in das mit 2 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die Zahlstelle Dortmund hat beschlossen, ab 1. Januar 1921 den Lokalbeitrag zu erhöhen und zwar für männliche Mitglieder auf 0,70 Mk. und für weibliche Mitglieder auf 0,50 Mk. wöchentlich.

Der Verbandsvorstand gibt hierzu seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: E. Bucher, 1. Vor.



Jedes neue Jahr, das wir beginnen, erscheint uns als ein geeigneter Zeitpunkt, noch einmal auf die vergangenen 365 Tage zurückzublicken und einige Betrachtungen anzustellen über das, was gewesen ist, unsere Arbeiten und Mühen in ihrem Wesen und Erfolg kritisch zu würdigen und schließlich, wie es immer war, zu wiederholen, daß die neuen Tage des vor uns liegenden Lebensabschnittes mindestens so gut, höchstwahrscheinlich aber besser genützt werden sollen. Das tun wir im Familienkreise, wenn wir Not und Freude bei der Silvesterfeier mit unsern Angehörigen noch einmal kurz besprechen, das verdammen wir aber auch nicht in der großen Familie, die wir beruflich bilden und die uns unser Verband ist.

Am Schlusse der Neujahrsvorlesung in der ersten Nummer des verflochtenen Jahrganges freuten wir uns, feststellen zu können, daß mehr als 34 000 graphische Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses erkannt hatten. Das Jahr

1919 brachte ja allen Gewerkschaftsorganisationen einen kaum gehofften Mitgliederzuwachs. Die meisten Gewerkschaften konnten den Friedensstand der Mitgliederzahl mehr als verdoppeln. Allerdings waren die hohen Ziffern oft nur eine Bezeichnung, ein Ausdruck der Vielheit, die ein einheitliches Ganze werden sollte. Die rein zahlenmäßigen organisatorischen Erfolge, die sich in einer fünf- oder noch mehrfachen Zahl ausdrückten, stellten eigentlich nur ein mehr loses aneinander gereihtes Gebilde dar, dem meist noch die innere Festigkeit fehlte, und wir wußten wohl, daß die schwere Arbeit des Zusammenhaltens noch hohe Anforderungen an Eifer, Tatkraft und Ausdauer stellen würde.

Bei unserm diesjährigen Mädli können wir mit Genugtuung konstatieren, daß der Tätigkeit aller Berufenen in unsern Reihen ein volles Gelingen beschieden war. Trotz der unangünstigen „Konjunktur“ in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ist der Kreis der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen vergrößert worden. Wir müssen heute die stattliche Schar von mehr als 40 000 Mitgliedern, die zu ihrem größten Teil und in ihrem inneren Kern nicht nur ihre Mitgliedschaft durch das Verbandsbuch bekunden und deren vornehmste

# Bekanntmachung.

Bis zum 20. Dezember, dem vom Tarifausschusse dafür festgesetzten Termin, haben die Vertreter der Tarifparteien dem Tarifausschusse von der Entschliessung der Mitglieder ihrer Kreise über Annahme oder Ablehnung des Deutschen Buchdrucker-Tarifs Kenntnis gegeben. Das Resultat ist das folgende:

## Prinzipalsseitig

ist die Erklärung abgegeben worden, daß man dem Tarif zustimme.

## Gehilfenseitig

ist auf dem Wege der Urabstimmung folgende Willensmeinung zum Ausdruck gekommen. Es haben gestimmt

Zm	I. Kreise:	Für Annahme des Tarifs: 2813 Gehilfen	Für Ablehnung des Tarifs: 1410 Gehilfen
"	II. "	4185 "	4314 "
"	III. "	1883 "	1580 "
"	IV. "	4704 "	1493 "
"	V. "	3593 "	1318 "
"	VI. "	3663 "	2044 "
"	VII. "	6161 "	3015 "
"	VIII. "	6650 "	4924 "
"	IX. "	2149 "	945 "
"	X. "	1897 "	1907 "
"	XI. "	1857 "	901 "
"	XII. "	704 "	406 "
		40259 Gehilfen	24257 Gehilfen

Von den Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen stimmten 19 964 für Annahme des Tarifs und 10 444 für Ablehnung desselben.

Die Majorität der Mitglieder der Tarifgemeinschaft hat sich demnach für Annahme des vom Tarifausschusse in der Zeit vom 25. Oktober bis 19. November beratenen und beschlossenen Deutschen Buchdrucker-Tarifs ausgesprochen.

Dieser Tarif erhält für die Mitglieder der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker mit dem

## 1. Januar 1921

verbindliche Kraft und ist von den Tarifparteien während der Vertragsdauer, das ist bis zum 31. Dezember 1922, nach dem Grundsätze von Treu und Glauben mit Rücksicht auf Berufsgebrauch und Verkehrsritte zu befolgen.

Berlin, den 21. Dezember 1920.

## Tarifausschuss der Deutschen Buchdrucker.

Hans Heenemann,  
Prinzipalvorsitzender.

Robert Braun,  
Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs,  
Geschäftsführer.

# Bekanntmachung.

Die für die Besetzung der Organe der Tarifgemeinschaft notwendigen Wahlen sind durch die Kreisvertreter sofort einzuleiten und müssen im Laufe des Monats Januar 1921 beendet sein.

Tätigkeit die Erstattung des wöchentlichen Mitgliedsbeitrages ist; nein, die zahlreichen Bewegungen des letzten Jahres haben bewiesen, die Not der Zeit, das einmütige und eintrachtige Handeln bei verschiedenen Anlässen nicht nur im Kampf mit dem Unternehmer haben deutlich vor Augen geführt, daß die Erkenntnis der Dauernden Zusammengehörigkeit vielen aufgegangen ist, die vielleicht vor Jahresfrist nur daran dachten, durch ihre Mitgliedschaft sich ein Anrecht auf regelmäßige Zulagen sichern zu müssen.

Wir sehen bei dieser kurzen Betrachtung über die Mitgliedschaft in unserer Organisation sicher nicht durch die rosafarbenen Brillengläser und wissen wohl, daß wir auch in der vor uns liegenden Zeitperiode nicht ruhen und feiern dürfen, und manches noch anders und besser gestalten müssen. Aber die harten Proben, die unsere Mitglieder haben bestehen müssen und der Erfolg — der wirtschaftliche und organisatorische — geben volle Berechtigung zu der Annahme, daß unser Weg rastlos aufwärts führen und endlich zu dem Ziele kommen wird, um das seit mehr als einem halben Jahrhundert die freigewerkschaftlichen Arbeiter in harten Kämpfen keine Mühen und Opfer gescheut haben.

Mit dem Eintritt in das neue Jahr erlangt der Reichstarif für das Hilfspersonal im Buch- und Zeitungsdruckgewerbe seine Gültigkeit. Schon vor Jahresfrist war die Verhandlung demüht, zentrale tarifliche Vereinbarungen mit den Unternehmern des Buchdruckgewerbes zu treffen. Der Erfolg oder Mißerfolg ist bekannt. Nach den Novemberverhandlungen im Jahre 1919, die im Dezember desselben Jahres und im Januar des vergangenen ihre Fortsetzung fanden, mußte die Verhandlung ohne sichtlichen Erfolg einstellen. Die Verhandlungen wurden am 28. Januar abgebrochen, obwohl Vertreter der Buchdrucker ernstlich befreit waren, eine Einigung herbeizuführen. Im Laufe des Jahres sind dann von keiner Seite aus Versuche unternommen worden, erneut die Verhandlungen aufzunehmen. Bei den Beratungen des Tarifausschusses der Buchdrucker, der verschiedentlich Zeugnissulagen festsetzte, wurde regelmäßig auch ein Prozentualer Anteil für das Hilfspersonal vereinbart. Unsere Vertreter nahmen regelmäßig an den Verhandlungen teil, keine Zwischenfälle, wie bei der Sitzung im Arbeitsministerium, aus der unsere Vertreter hinauskomplimentiert wurden, nicht gerechnet. Natürlich standen auch die Beschlüsse des Tarifausschusses immer vorerst auf dem Papier und erhielten dann Geltung, wenn unsere Vertreter in den verschiedenen Orten und Bezirken, durch die hinter ihnen stehende Kraft der Organi-

sation dazu in den Stand gesetzt, den Wechsel zur Einlösung präsentierten. Es kann nichts schaden, wenn hier noch einmal offen ausgesprochen wird, daß keine Verhandlung und keine Verhandlung aus eigener Macht Verträge abschließen und Zulagen vereinbaren können. Der Erfolg ihres persönlichen Handelns wird bestimmt durch die bewußte Kraft der Organisierten, in deren Auftrag sie handeln. Das ist auch jedenfalls allen Mitgliedern bewußt gewesen, als im Tarifausschusse bei der Beratung über den Buchdrucker-Tarif ebenfalls der Reichstarif für das Hilfspersonal zur Verhandlung und Beschlusfassung kam. Der Einfluss der Verbandsvertreter steht im Verhältnis zur Haltung und Stärke der Verbandsmitglieder. Sie bestimmen letzten Endes den Erfolg durch ihre Macht, die sie auf Grund des Organisationsverhältnisses im Gewerbe haben. Kollege Buchdrucker äußerte sich nach dem Scheitern der Januarverhandlungen über den Reichstarif in Nr. 6 der „Solidarität“ sehr treffend: „Die Unternehmer haben ein feines Empfinden dafür, wo und in welcher Form sich ihnen die gewerkschaftliche Kraft der Arbeiter am unbequemsten bemerkbar macht. Es stört sie wenig, wenn der Kapitalkreis täglich ein paarmal mit dem Maul „vernichtet“ wird...“ Mit großen Worten werden wir nicht den geringsten materiellen und ideellen Vorteil erringen. Nur zähe unermüdbare Arbeit und einiges geschlossenes Handeln sichern die Erfolge.

An anderer Stelle dieser Nummer unseres Verbandsorgans teilt das Tarifausschuss in einer Bekanntmachung die Resultate der Urabstimmung über den Reichstarif des Hilfspersonals wie auch über den Buchdrucker-Tarif mit. Damit hat für das vergangene Jahr die auf tariflichem Gebiet liegende Tätigkeit einen gewissen Abschluß erreicht. Die Arbeit der Verbandsleitung ist von der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder anerkannt und gebilligt worden. Durch nachträgliche Berichtigungen stellt sich das Stimmverhältnis wie folgt dar: Für den Tarif stimmten 19 964 Mitglieder, dagegen 10 448, während 789 Stimmen ungültig waren. 64 Prozent der Mitglieder, die sich an der Abstimmung beteiligt haben, wünschten die Einführung des Tarifs, 33,5 Prozent sind dagegen, der Rest von 2,5 Prozent erfaßt die ungültigen Stimmen.

Bis auf zwei Bezirke hat sich in allen Sauer eine Tarifmehrheit ergeben. Berlin und Leipzig lebten den Tarif ab. Im Gau VIII sind 1358 Zettel mit ja und 5873 mit nein abgegeben worden. Für Leipzig sind die entsprechenden Zahlen 1458 und 2152. An der Abstimmung haben sich überhaupt 76,7 Prozent der Mitglieder beteiligt.

## Es muß zu wählen in jedem Tarifkreise:

1. Die Mitglieder des Tarifausschusses und zwar für jeden Tarifkreis  
a) ein Prinzipal- und ein Gehilfenmitglied, die im Kreisbezirk wohnen müssen,  
b) je ein Stellvertreter, der zunächst am Kreisbezirk wohnen soll, und  
c) je ein zweiter Stellvertreter.

2. Die Mitglieder der Schiedsgerichte und zwar für jedes Schiedsgericht je 3-5 Prinzipale und ebensoviel Gehilfen sowie deren Stellvertreter.

3. Die Vertreter der Arbeitsnachweise die in der Regel Gehilfen sein sollen.

4. Die Aufsichtspersonen für die Arbeitsnachweise und zwar für jeden Arbeitsnachweis 3 Prinzipale und 3 Gehilfen, die am Sitz des Arbeitsnachweises wohnen müssen.

5. Die Mitglieder der Beschwerdeämter und zwar für jedes Beschwerdeamt 5 Prinzipale, von denen 3 am Kreisbezirk wohnen müssen.

6. Die Mitglieder des Zentralbeschwerdeamts und zwar ebenfalls 5 Prinzipale.

Die Wahlen für den Tarifausschuss finden auf dem Wege der Urabstimmung statt. Jede der Tarifparteien wählt für sich in gesondertem Wahlgange. Die Wahlen leiten die Kreisvertreter, ein jeder für seinen Kreis und für seine Partei.

Die Wahlen für die Besetzung der Schiedsgerichte, Arbeitsnachweise, Beschwerdeämter und des Zentralbeschwerdeamts werden am Sitz der betreffenden Organe vorgenommen, und zwar unter sinnvoller Beachtung der Wahlvorschriften, wie diese für die Wahl der Mitglieder des Tarifausschusses festgesetzt sind.

Die Mitglieder sämtlicher Organe werden auf die Dauer der Tarifperiode gewählt.

Das Wahlergebnis ist protokolllarisch festzustellen. Von dem Resultat der Wahlen ist das Tarifausschuss durch die Kreisvertreter sofort in Kenntnis zu setzen, und zwar durch Ueberbringung des Wahlprotokolls.

## Ueber die Bildung

besonderer Schiedsgerichte für den Reichstarif der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen

oder wegen Uebernahme der Aufgaben dieser Schiedsgerichte durch die Schiedsgerichte der Buchdrucker erfolgt noch eine weitere Bekanntmachung. Zunächst wird sich das Tarifausschuss mit den Schiedsgerichten der Buchdrucker hierüber in Verbindung setzen.

Außerdem werden die Organisationen ersucht, in demselben Zeitraum ihre Vertreter für den Tarifausschuss, das Tarifausschuss, für die Kreisämter und für die Schiedsgerichte zu ernennen und dem Tarifausschuss bekannt zu geben.

Berlin, den 21. Dezember 1920.

## Tarifausschuss der Deutschen Buchdrucker.

Hans Heenemann,  
Prinzipalvorsitzender.

Robert Braun,  
Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs,  
Geschäftsführer.

Das Votum der Mitglieder über den Reichstarif entspricht der prinzipiellen Entscheidung des Verbandstages in Frankfurt a. M., der die Tarifpolitik der Verbandsleitung gebilligt und gefordert hat, daß unter gewissen Voraussetzungen (Ablehnung des Manteltarifs für das gesamte graphische Gewerbe) bei einem Neuabschluß der Gehilfen-Tarife auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiter durch diese Tarife mit geregelt und festgelegt werden. Daher kann das Resultat der Abstimmung nicht überraschen, das fast eine Zweidrittelmehrheit ergibt. Es ist etwas günstiger als das der Gehilfen, bei denen 62,4 Prozent mit Ja gestimmt haben.

Mit der Stellungnahme der Gesamtheit zu dem Reichstarif sind wir natürlich noch nicht über den Berg. Die Ein- und Durchführung der tariflichen Bestimmungen wird wahrscheinlich nicht so glatt von staten gehen, Schwierigkeiten und nicht geringe werden dabei noch zu überwinden sein. Aber gegen alle Widerstände werden wir gewappnet sein, wenn jeder einzelne von dem Bewußtsein durchdrungen ist, nicht zu seinem persönlichen Vorteil zu handeln, sondern bei seinem Tun an das zu denken, was der Allgemeinheit dienlich und nützlich ist.

Im Mittelpunkt des vergangenen Jahres stand die Tagung des Verbandes in Frankfurt a. M. Ausführlich ist darüber im Verbandsorgan berichtet worden. Die Delegierten der Generalversammlung gaben den verantwortlichen Leitern des Verbandes erneut das Mandat und sprachen ihnen das Vertrauen aus. Änderungen in der Verwaltung des Verbandes sind von allen Seiten gefordert worden, die Schaffung des Beirates und die Zusammensetzung des Verbandsvorstandes sind von einander abzuheben. Die Bildung der Zentrale aus Mitgliedern des gesamten Verbandsgebietes hat hauptsächlich am Sitz des Verbandes Anlaß zu abfälliger Kritik und leider auch zu Maßnahmen gegeben, die die Einheit der Organisation zu gefährden drohten. Die Meinung über den Beschluß des Verbandstages, die Wahl der unbesetzten Vorstandsmittelglieder betreffend, ist unter den Mitgliedern durchaus geteilt und keineswegs ist bisher der Beweis erbracht worden, daß der Vorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht arbeitsfähig ist. Solange aber die Arbeiten der Zentrale glatt und ohne Verzögerung erledigt werden können, wird der Verbandsbeirat kaum zu einer Änderung des Verbandsstages-Beschlusses Veranlassung nehmen wollen.

Die politischen Strömungen in der Arbeiterbewegung haben natürlich auch unser Verbandsleben bis zu einem gewissen Grade beeinflusst. Als Gewerkschafter werden

das bebauern, da die Parteifreistellten die Mit-  
 oder oft haben vergessen lassen, daß zur Lösung der  
 sich die Organisation an sie gestellten wirtschaftlichen  
 Aufgaben Einigkeit und Einigkeit unerlässliche Vor-  
 bedingungen sind. Eine erfreuliche Geschlossenheit der  
 freigeberischen Arbeiterkräfte zeigte sich im März  
 bei den Versuchen der Militärkamarilla, die ihnen ver-  
 träge republikanische Staatsform zu befähigen. Die  
 Reichstagswahl allerdings zeigte ersprechend deutlich in  
 ihrem Ausgang, wozu die gegenseitige Befähigung der  
 Arbeiter führt und welches das Schicksal der Gewerks-  
 schaften sein wird, wenn sie sich den verschiedenen poli-  
 tischen Parteien der Arbeiter gegenüber nicht streng  
 neutral verhalten. Alle auf wirtschaftlichem Gebiet  
 liegenden Forderungen der Arbeiterschaft finden in den  
 freien Gewerkschaften ihre energischsten und erfolg-  
 reichsten Vertreter.

Von besonderer Bedeutung für die Arbeiterschaft  
 war das Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes. Trotz  
 aller Mängel und Fehler, die dem Gesetz anhaften und  
 die zu mildern und endlich ganz zu beseitigen die frei-  
 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich zur ersten und  
 vornehmsten Aufgabe gestellt haben, hat es uns einen  
 gewissen Einfluß auf die Betriebsführung gegeben. Der  
 erste freigeberische Betriebsrätekongreß legte die  
 Richtlinien für die Arbeiten der Betriebsräte fest. Dani-  
 mit wurden auch die Auseinandersetzungen über die  
 Zusammenfassung der Betriebsräte entschieden. Die  
 Bildung der freigeberischen Betriebsrätezentrale  
 wurde beschlossen. Sie ist bereits zur Tatfache geworden.  
 Ueber die Entwicklung der Betriebsbewegung, die ihr inne-  
 wohnenden Tendenzen und ihr vorläufiger Abschluß auf  
 freigeberischer Grundlage sind unsere Mitglieder  
 eingehend unterrichtet worden.

Leider sollte das Jahr 1920 durch den plötzlichen Tod  
 des Genossen Legien einen trüben Ausgang nehmen.  
 An anderer Stelle sind sein Schaffen und seine Verdienste  
 für die deutsche Gewerkschaftsbewegung gewürdigt  
 worden. Seine Persönlichkeit, sein Streben nach einem  
 bestimmten Ziel und sein fester Wille sollten jedem Ge-  
 werkschafter Vorbild sein. So wollen wir auch dieses  
 traurigen Anlasses wegen nicht klagen. Wir müssen die  
 entstandenen Lücken überall ausfüllen, rafflos und un-  
 ermüdet weiter arbeiten. Sein Gedenkwort schenkt uns  
 wirklich das Glück, wir müssen es uns selbst erringen.

### Die Frage der Doppelergien in unserem Beruf.

Der mit der Unterschrift R. D. S. in der Nr. 45 der  
 „Solidarität“ befindliche Artikel über die Doppel-  
 ergien in unserem Beruf beschäftigt sich mit meinen Aus-  
 führungen über dasselbe Thema in der Nr. 42 unseres  
 Organs. Ich nehme nochmals Gelegenheit, auf diese  
 Sache zurückzukommen. Was R. D. S. schreibt, hört sich  
 ja alles schön an, und auch ich bin in diesem mit ihm  
 einig, aber ich will hier hervorheben, daß mit solchen  
 Ausführungen den Arbeitslosen gar nicht geholfen ist.  
 Denn wenn wir erst warten sollen, bis das alles so  
 gemacht wird, wie der Schreiber es für richtig findet,  
 wenn wir erst warten, bis die Regierung die Arbeits-  
 losen so versorgt, daß sie menschlich leben können oder  
 aber bis die sozialistische Gemeinschaft die Arbeitslosig-  
 keit aufhebt, dann können die Arbeitslosen lange warten;  
 inzwischen können sie ihre Mägen einsonstbieren.

Nein, so geht das nicht, hier heißt es: handeln!  
 Denn jeder Tag, jede Stunde vergrößert das Elend der  
 Arbeitslosen. Und darum bestrebe ich immer noch darauf,  
 daß arbeitlose Kollegen und Kolleginnen — falls  
 möglich — selber sind — die Plätze der arbeitenden ver-  
 heirateten Kolleginnen besetzen müssen. Es soll ja nicht  
 gesagt werden, daß jede verheiratete Kollegin aus dem  
 Betrieb weggehen werden soll, aber doch wenigstens so  
 viel Kolleginnen, als Arbeitslose da sind, die die Arbeit  
 der Kolleginnen verrichten können, und das auch nur  
 auf die Dauer der schlechten Konjunktur in unserem  
 Beruf. Auch ist es wiederum selbstverständlich, daß nur  
 Kolleginnen in Betracht kommen, die schon lange Jahre  
 mit ihrem Manne zusammen arbeiten. Das wird wohl  
 jeder einsehen.

Wie sich dazu die Prinzipale stellen werden, ist bis  
 jetzt nicht klar. Hier ist eben den Verbänden eine Aufgabe  
 erwachsen, die er durch Verhandlungen auf dem schärfsten  
 Wege regeln möchte. Es wird, vielleicht nicht leicht  
 sein, die Prinzipale dazu zu bewegen, aber ich glaube  
 bestimmt, daß auch diese Herren einsehen werden, daß  
 die Frau, die zusammen mit ihrem Manne arbeitet und  
 durch die Entlassung in keine besondere Notlage geraten  
 würde, einem Arbeitslosen Platz machen muß. Es muß  
 eben Aufgabe der Gewerkschaften sein, der Arbeitslosig-  
 keit ein Ziel vorzuschreiben.

Zum Thema selbst sagt der Kollege R. D. S., daß  
 es zu weit führen würde, wenn die Gewerkschaften in  
 die Familienverhältnisse der Mitglieder hineingriffen  
 würden. Ich sage nur, daß davon keine Rede sein kann.  
 Ist eine Kollegin verheiratet, so ist das leicht heraus-  
 zubekommen, und im übrigen wird so etwas bei jeder  
 Gelegenheit angegeben werden müssen. Und läßt sich  
 leicht feststellen, ob ihr Mann arbeitslos oder krank ist  
 oder ob sonst irgendwelche Notstände vorliegen. Also  
 angenommen, es sind 400 Kollegen oder Kolleginnen in  
 Berlin arbeitslos, dann ist es wirklich nicht so schwer,  
 diese 400 Kolleginnen, die jahrelang mit ihrem Manne  
 zusammen arbeiten, solange die schlechte Konjunktur an-  
 hält, aus dem Betriebe herauszuschicken. Den Arbeits-  
 losen wäre damit mit einem Schläge geholfen und uns  
 werden sie nicht zur Last fallen. Natürlich, wie ich schon  
 sagte, müßten die Prinzipale durch Verhandlungen ver-  
 schiedet werden, Arbeitslose einzustellen. Diesen meinen  
 Standpunkt vertritt der größte Teil meiner Kollegens-  
 chaft. Also die Befürwortungen des Kollegen R. D. S.  
 sind nicht stichhaltig. In der Demobilisierungsbewegung  
 heißt nicht, daß für eine verheiratete Kollegin kein

### Allen Lesern und Mitarbeitern der „Soli- darität“, unsern Funktionären und Mitgliedern die herzlichsten Glückwünsche zum Jahreswechsel Verbandsvorstand / Verbandsbeirat Redaktion der „Solidarität“.

Arbeitsloser eingestellt werden soll, also! Auch die Be-  
 scheinungen, daß eine Opposition deswegen in unserem  
 Verbande Platz greifen würde, hat ich nicht für so  
 schlimm, denn wenn damit den Arbeitslosen geholfen ist,  
 muß jeder einigermaßen klar denkende Mensch sagen, daß  
 der Ausweg nicht der schlechteste war. So denkt auch  
 die Mehrzahl der Kollegen selbst.

Auch der Artikel im „Vorwärts“ bringt zum Teil  
 sehr gute Ausführungen über die „arbeitende Frau“,  
 aber im Augenblick ist damit den Arbeitslosen so wenig  
 geholfen wie mit den Vorschlägen des Kollegen R. D. S.  
 Das sind alles Ausführungen, die nur dann von aus-  
 schlaggebendem Vorteil sein können, wenn das Proleta-  
 riat im Staate eine nennenswerte Macht hat. Dieses  
 aber ist gegenwärtig nicht der Fall. Und wenn dieser  
 Fall eintreten könnte, ist vorläufig nicht vorzuschreiben,  
 zumal gerade jetzt der Bruderkampf des Proletariats  
 am schlimmsten ist. Uns kann nur die Erkenntnis  
 retten, daß wir einsehen und entscheiden lernen: hier  
 das Proletariat — dort das Kapital — und nur danach  
 handeln. Eine Gemeinschaft mit den Kapitalisten wird  
 uns nie zu freien Menschen machen können. Solange  
 wir unser Ziel nicht erreicht haben, können unsere Ideen  
 den Arbeitslosen nicht helfen. Der Magen verlangt  
 Nahrung, darum müssen wir zur Tat schreiten.

Um noch auf den Kommentar zurückzukommen, der  
 auf meine Ausführungen von der Redaktion gemacht  
 wurde, will ich nur bemerken, daß es ganz ausgeschlossen  
 ist, daß eine verheiratete Kollegin von selbst einer  
 arbeitslosen Kollegin oder einem Kollegen Platz machen  
 wird. Nur bindende Beschlüsse des Verbandes können  
 hier regelnd eingreifen. Nach den Ausführungen unserer  
 Redaktion wird jetzt erst recht jede verheiratete Kollegin  
 ihren Platz halten und sich wenig auf den großherzigen  
 Standpunkt stellen, den ihr die Redaktion empfiehlt.

Franz Stawicki, Berlin.

Mit der vorstehenden Auslassung des Kollegen  
 Stawicki wollen wir das Thema beenden. Auch seine  
 heutigen Ausführungen lassen bestimmte konkrete Vor-  
 schläge vernünftigen, mit den allgemeinen Bedingungen, wir  
 „müssen zur Tat schreiten“, kann man eben das Problem  
 nicht lösen. Was von der Verbandsleitung und der  
 Berliner Ortsverwaltung getan werden konnte und  
 mußte, das ist geschehen, und dabei hat sich heraus-  
 gestellt, daß der vom Kollegen Stawicki kritisierte Uebel-  
 stand gar nicht mehr besteht und auch nur, wie bereits  
 bei seiner ersten Einfindung angedeutet wurde, in sehr  
 geringem Umfange bestanden hat. Kollege Stawicki ist  
 also auf dem Holzwege mit seiner Annahme, daß durch  
 die Entlassung verheirateter Angelerinnen in Berlin der  
 Arbeitslosigkeit wesentlich geholfen werden könne. Und  
 damit wollen wir diesen Gegenstand verlassen, denn die  
 theoretischen Erörterungen haben doch nur Wert, wenn  
 wir praktisch eine Anwendung daraus ziehen können.

### 222 Gantag im Gau III 333

Am 4. und 5. Dezember hielt in Stuttgart der Gau 3  
 seinen Gantag ab. Da die Vertreter des Gaues 3  
 Baden und der Pfalz eine sehr schlechte Zugverbindung  
 hatten und eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen  
 war, mußte schon am Samstagabend mit der Tagung  
 begonnen werden.

Kollege Werner eröffnete den Gantag am Samstag  
 abends 8 Uhr und hieß die Delegierten herzlich will-  
 kommen. In seinen einleitenden Worten gedachte er  
 vor allem der im Weltkriege gefallenen Kollegen und  
 besonders unserer so früh verstorbenen Kollegin Paula  
 Thiede. Die Delegierten ehren das Andenken der Ver-  
 storbenen in der üblichen Weise.

Die vorgesehene Tagesordnung wurde nach einer  
 kurzen Geschäftsordnungsdebatte genehmigt. Zur Leitung  
 des Gantages werden bestimmt die Kollegen Werner-  
 Stuttgart und Kieger-Karlsruhe als Vorsitzende, Fröh-  
 ling-Ludwigsbagen und Moser-Stuttgart als Schrift-  
 führer. Vertreten waren von 20 Zahlstellen 13 durch 18  
 Delegierte und zwar: Eßlingen, Freiburg, Göttingen,  
 Heilbronn, Karlsruhe, Laß, Ludwigsbagen, Mannheim,  
 Neustadt a. Sdt., Oberndorf, Pforzheim, Stuttgart und  
 Ulm. Nicht vertreten waren: Heilberg, Neutlingen,  
 Tübingen, Speyer, Schramberg, Ludwigsbagen und  
 Kaiserlautern. Von den fehlenden Zahlstellen hatte sich  
 nur Kaiserlautern entschuldigt. Vom Hauptvorstand  
 war Kollege Bucher anwesend.

Kollege Werner gab sodann den Bericht der Gau-  
 leitung und ging mit seinen Ausführungen bis zum  
 Gantag in Mannheim zurück. Demals hatte der Gau  
 fünf Zahlstellen mit insgesamt 498 Mitgliedern. Nach  
 Ausbruch des Krieges sank die Mitgliederzahl und er-  
 reichte ihren tiefsten Stand im 4. Quartal 1916 mit 299  
 Mitgliedern. Darauf trat wieder langsam eine Besserung  
 ein. Nach der Revolution hatten auch wir einen starken  
 Zustrom zu verzeichnen, so daß am Ende des 1. Quartals  
 1920 ein Mitgliederbestand von 2560 aufzuweisen war,  
 welcher sich auf 20 Zahlstellen verteilte. Durch die in der  
 zweiten Hälfte des Jahres 1920 einsetzende schlechte  
 Konjunktur ging die Mitgliederzahl wieder auf 2235  
 zurück. Doch macht sich jetzt schon wieder eine Besserung  
 bemerkbar. Eine gewaltige Arbeit war zu bewältigen.

Vorwährende Kämpfe um neue Teuerungszulagen. In  
 verschiedenen Zahlstellen mußte wiederholt der Schlich-  
 tungsausschuß angerufen werden. Als dann am Ende  
 des Jahres 1919 der Reichstags in Leipzig abgeschlossen  
 war, hoffte man auf eine Besserung. Aber die Prinzipale  
 brachen in letzter Stunde ihr Versprechen. In  
 Stuttgart gelang es im Mai 1920 einen Ortsrat abzu-  
 schließen, der dann noch in Eßlingen, Göttingen, Neut-  
 lingen, Tübingen und Ulm mit prozentualen Abschlägen  
 eingeführt wurde. Leider gelang es nicht, diesen Tarif  
 auch im Steinbrud zur Einführung zu bringen.

Die Gaukasse weist einen Stellenbestand von 1507,02  
 Mark auf. Keine Gaubeiträge haben in den letzten  
 Jahren bezahlet: Heilbronn, Neustadt und Speyer. An-  
 schließend darauf gaben die Zahlstellen die Situations-  
 berichte. Von allen Zahlstellen wurden gute Fortschritte  
 gemeldet. Von den Vertretern von Baden und der  
 Pfalz wurde gewünscht, daß der Gauleiter nicht die  
 Kosten scheuen dürfe und mehr Agitationsmittel berei-  
 stellen müsse, denn könnte noch mehr erreicht werden.  
 Der Gauleiter will diesen Anregungen folgen.

Ueber den Reichstagsreferierte Kollege Bucher in  
 12 Stunden mit reichem Beifall aufgenommenen Aus-  
 führungen. Darauf setzte eine lebhaft Diskussion ein.  
 Alle Diskussionsredner waren mit den Ausführungen  
 Buchers einverstanden und gaben ihre Zustimmung zum  
 Reichstagsreferat. Nachstehende Resolution fand einstimmig  
 Annahme:

Der am 4. und 5. Dezember 1920 in Stuttgart  
 tagende Gantag anerkennt die Tätigkeit des Verbands-  
 vorstandes und der Verhandlungskommission bei den  
 Reichstagsverhandlungen. Wenn auch nicht alle  
 Wünsche des Hilfspersonals in die Tat umgesetzt  
 werden konnten, so bedeutet der Abschluß doch für  
 viele kleine Orte einen Fortschritt, ohne den großen  
 Orten Schaden zu bringen. Aus diesem Grunde  
 fordert der Gantag die Mitglieder des Gaues 3 auf,  
 alle anderen Rücksichten beiseite zu stellen und restlos  
 für die Annahme des Reichstagsreferats zu stimmen.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung gab Kollege Werner  
 einen kurzen Bericht über den derzeitigen Stand im  
 Steinbrudergewerbe. Am auch für das Steinbruder-  
 hilfpersonal in Stuttgart und im Gau geordnete Ver-  
 hältnisse zu schaffen, wurde versucht, den Ortsrat im  
 Buchbrud auch im Steinbrud zur Einführung zu  
 bringen. Trotz mehrmaligen Verhandlungen vor dem  
 Schlichtungsausschuß kam der Tarif jedoch nicht zustande.  
 Die Prinzipale boten zuletzt den Leiharbeiter Tarif an,  
 der aber von uns abgelehnt wurde. Gesagt muß aber auch  
 hier werden, hätte sich das Hilfpersonal des Steinbruds  
 bei seiner schlechten Entlohnung nicht so lange passiv  
 verhalten, so könnte auch hier der große Mangel in der  
 Entlohnung dem Buchbrudereihpersonal gegenüber  
 schon eingeholt sein.

In der darauf einsetzenden Diskussion wurde auch  
 von allen Delegierten der Wunsch ausgesprochen, daß mit  
 allen Mitteln verhindert werden soll, auch im Steinbrud  
 endlich zu einem Reichstagsreferat zu kommen. Kollege Bucher  
 gab in einigen markanten Worten sodann das Verhalten  
 des Schlichtungsausschusses bekannt. Einen schlechten Tarif  
 hätten wir schon lange abschließen können. Aber die  
 Verhältnisse sind noch nicht reif dazu. Wenn erst alle  
 Voraussetzungen geschaffen sind, werden auch wir im  
 Steinbrud dazu kommen. Dann muß uns der Reichs-  
 tarif des Buchbruds als Grundlage dienen.

Im Punkt 4, Anträge, wurde das von der Gau-  
 leitung beantragte Gaustatut einstimmig angenommen.  
 Der Gaubeitrag wurde auf 25 Pf. pro Mitglied und  
 Quartal, ab 1. Quartal 1921, festgesetzt. Als nächster  
 Tagungsort wurde wieder Stuttgart bestimmt. Vom  
 Kollegen Werner wurde beantragt, ein Mitteilungsblatt  
 für den Gau herauszugeben. Es wurde beschlossen, daß  
 die Zahlstellen in ihren Versammlungen erst dazu  
 Stellung nehmen sollen.

In Punkt Verschiedenes wurde von der Kollege  
 Joes-Stuttgart der Wunsch ausgesprochen, daß bei  
 Verbands- und Gantagen auch die weiblichen Mitglieder  
 mehr berücksichtigt werden sollen. Von der Gauleitung  
 wurde diesem Wunsche zu jeder Zeit Rechnung ge-  
 tragen, doch sollen sich die weiblichen Mitglieder auch  
 mehr um das Verbandsleben interessieren. Von ver-  
 schiedenen Delegierten wurden noch interne Angelegen-  
 heiten vorgebracht.

Die Uhr war schon weit vorgerrückt und die meisten  
 Delegierten drängten zur Heimkehr. Kollege Werner gab  
 noch einmal einen kurzen Rückblick über die in den beiden  
 Tagen geleistete Arbeit. Die Beratungen gingen in alt-  
 gewohnter kollegialer Weise vor sich, und so schieden die  
 Delegierten in dem Bewußtsein, für das Wohl der  
 Kollegenschaft mitgearbeitet zu haben. Spannender auch  
 in Zukunft alle unsere Kräfte zu gemeinsamer Arbeit  
 an, dann wird es im Gau auch weiterhin vorwärts  
 gehen. Nachdem noch Kollege Kieger namens der Dele-  
 gierten der Gauleitung und der Zahlstelle Stuttgart für  
 die freundliche Aufnahme und Unterbringung in Stutt-  
 gart gedankt hatte, erreichte der Gantag um 4 1/2 Uhr  
 sein Ende.

### Stellungnahme der Mitgliedschaften im 222 Gau X zum Tarif 333

Wie die Kollegenschaft an den einzelnen Orten den  
 Tarif bewertet, geht am besten aus den Versammlungs-  
 berichten hervor, und zwar, wenn zum Schluß in einer  
 Entschließung der Wille der Mitglieder, die in der Ver-  
 sammlung anwesend waren, zum Ausdruck kommt.

Im Gau 10 muß ferner mit bedacht werden, daß  
 die Löhne anähernd die Höhe des Tarifs heute schon  
 haben und an einzelnen Orten darüber hinausgehen.  
 Die Kollegenschaft in Gau 10 weiß aber, wie unter-  
 schiedlich die Löhne für unsere Kollegenschaft im Reich  
 noch sind und daß eine endliche Regelung nur durch

einen Tarif, der über das ganze Reich geht, in Kürze möglich sein kann. Deswegen stimmte auch die Kollegenschaft in allen Orten in der großen Mehrzahl für die Einführung des Tarifs.

In Lübeck fand am 1. Dezember eine gutbesuchte Versammlung statt, die zum Ausdruck brachte, daß die Löhne zu niedrig seien und dafür gesorgt werden müsse, weitere Feuererzeugzulagen im Januar anzubahnen, im übrigen aber müsse der Tarif angenommen werden.

Die Schweriner Kollegenschaft hatte am 2. Dezember ebenfalls eine sehr gut besuchte Versammlung und auch hier kam in der Diskussion zum Ausdruck, daß es nur ein Ja zum Tarif geben könne.

Am 3. Dezember erklärte sich die Mitgliedschaft in Rostock ebenfalls für den Tarif, doch hebt sie hier besonders die zu niedrige Bemessung der Ferien und der Feuererzeugzulagen hervor. Sie erwartet von der Unternehmerchaft für die Zukunft ein besseres Entgegenkommen.

In Bremen fanden zwei Versammlungen statt am 7. und 14. Dezember. Während die erste schlecht besucht war, erfreute sich die zweite eines guten Besuchs. Die Bremer Kollegen stehen mit ihren Löhnen über dem Tarif, während die Kolleginnen die Mindestsätze noch nicht erreichen. Aber auch hier haben sich die Kollegen weniger gegen den Tarif, sondern mehr gegen die Feuererzeugzulagen ausgesprochen. Von einem Kollege wurde vorgeschlagen, Ortsstatistiken abzuschießen, weil dann nach seiner Meinung mehr erreicht würde. Verlangt wird auch hier, die Feuererzeugzulage schnellstens einer weiteren Erhöhung zuzuführen.

Am 8. Dezember haben die Kollegen und Kolleginnen in Kiel voll für den Tarif ausgesprochen, trotzdem auch hier der Lohn über den Tarifsaß steht. Die Kollegenschaft verlangte aber, daß unsere Leitungen sofort versuchen, zu Verhandlungen über eine weitere Erhöhung der Feuererzeugzulagen zu kommen.

In Neuss fand am 9. Dezember eine Versammlung statt. Hier wird der Tarif, selbst wenn er angenommen wird, am 1. Januar nicht eingeführt werden können, da nach einer sogenannten „Gleitenden Lohnskala“, die vom Wirtschaftsausschuß geregelt wird, der Lohn bezahlt werden muß. Die Kollegenschaft steht höher im Lohn, hat es jedoch in Händen, sobald die Löhne des Tarifs höher sein sollten, dann den Tarif in Kraft treten zu lassen. Die Kollegenschaft sprach sich auch für den Tarif aus.

Kleinere Orte, wie Elmshorn, Iphoe, Heide, Rendsburg und Neumünster stehen unter den Sägen des Tarifs und wünschen mit Ausnahme von Heide die Einführung.

Die Kollegenschaft von Harburg hat am 9. Dezember befundet, daß sie ebenfalls für den Tarif eintritt. Entschließungen, die angenommen wurden, sprechen sich überall für den Tarif aus, verlangen jedoch eine baldige Erhöhung der Feuererzeugzulagen. Ferner sprechen die Mitgliedschaften unseren Verhandlern ihre Anerkennung für ihre Tätigkeit zur Schaffung des Reichstarifs aus.

### Aus unseren Zahlstellen

Erfurt. Mitgliederversammlung am 7. Dezember. Als Gast war der Vorsitzende vom graphischen Kartell, Kollege Krause, erschienen, als Referent sprach Kollege Zimmermann aus Gotha über die Bedeutung des neuen Reichstarifs. Er erklärte, der Tarifabschluß sei deshalb so in die Länge gezogen worden, da insgesamt 64 Personen, Prinzipale und Gehilfen- und Hilfsarbeitervertreter, an den Verhandlungen teilgenommen haben. Von Wichtigkeit ist anzusehen, daß auch die Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe endlich einen Tarif zustande gebracht haben. Sehr dagegen gestäubt haben sich wieder die Prinzipale, die bei Bezahlung der Ferien und der Gewährung von Ferien für das Hilfspersonal Schwierigkeiten gemacht haben. Ein großer Fortschritt ist in der Ferienfrage erzielt worden; festgestellt wurde, daß bei einer Beschäftigungsdauer von neun Monaten vier Tage, steigend für jedes weitere Jahr der Beschäftigung um einen Tag bis zur Höchstgrenze von 12 Tagen, zu gewähren sind. Bei der Urabstimmung über den Reichstarif muß deshalb jeder Kollege und jede Kollegin mit Ja stimmen. Der Tarif schreibt ja auch vor, daß in den Betrieben, wo bereits bessere Löhne gezahlt werden, durch den Reichstarif keine Verschlechterungen eintreten dürfen. Auf's tiefste bedauerte Kollege Zimmermann, daß die vier graphischen Verbände immer noch nicht zu einem einheitlichen graphischen Industrieverband zusammengeschlossen sind. Ein Bollwerk ist wohl schon in den graphischen Kartellen geschaffen, die bereits des öfteren für unsere Organisation eingetreten sind. Dann sprach Kollege Krause einige Worte über den Reichstarif. Er schilderte nach den gehaltenen Erfahrungen, was eine tariflose Zeit zu bedeuten habe. Vor allem begrüßte er das harmonische Zusammenarbeiten der Hilfsarbeiter mit den Buchdruckern. Die Versammlung schloß sich den Ausführungen der Referenten an.

Karlsruhe i. B. Auch unsere Zahlstelle sieht nun ihr mehr denn 1½ jähriges Bemühen zur Schaffung eines Ortsstarifs von Erfolg gekrönt. Am 1. November konnte der Tarif in Kraft treten. Wenn auch die einzelnen Lohnsätze des von uns in einer früheren Nummer der „Solidarität“ erwähnten Schiedspruches des Schlichtungsausschusses teilweise reduziert wurden, so brachte der nun endlich vor dem Demobilisierungskommissar zustande gekommene Tarif manchen unserer Mitglieder ganz nennenswerte Zulagen. Dieser Ortsstarif für den Buchdruck konnte zusammen mit den vom Tarifamt festgesetzten Feuererzeugzulagen am 1. November ziemlich

glatt durchgeführt werden. Wenn am 1. Januar 1921 der neue Reichstarif in Kraft tritt, dann haben auch wir Grundlagen hierfür geschaffen und haben vor allen Dingen die von dem Reichstarif offen gelassene Frage der Tarifierung der Jugendlichen unter 17 Jahren durch örtliche Vereinbarungen geregelt. Die Höchstleistung von zwölf Tagen Ferien, die der Reichstarif bringt, hatten wir hier auch schon seit 1919. Damals wurden uns die Ferien durch Schiedspruch des Demobilisierungskommissars zuerkannt. Im großen und ganzen wird der Reichstarif in der Lohnfrage für uns an Ort keine bedeutende Veränderung bringen. Anders ist die Sache natürlich in den unserer Zahlstelle angeschlossenen Bezirksorten, wie Brunsal, Naffatt, Durlach und Dös, wo noch manches sehr im argen ist. Sehr viel gibt es hier auch noch in agitatorischer Beziehung zu tun, da bei planmäßiger Verarbeitung in diesen Orten sowohl wie auch in den unserer Organisation noch fernstehenden Orten wie Waden-Baden, Bühl, Achern usw. unseres Bezirks noch Hunderte von Mitgliedern zu gewinnen wären. Der in Stuttgart stattfindende Gautag dürfte wohl die Infanz sein, wo darüber ein kräftig Wörtlein seitens unserer hierzu entsandten drei Delegierten zu sprechen sein wird. Ganz besonders soll hier auch unser Antrag zur verlossenen Generalversammlung, die Zurücklegung der Gauleitung von Stuttgart nach Karlsruhe, für den man in Frankfurt anscheinend kein Verständnis hatte, seine Auferstehung feiern. Die wenigen hier befindlichen Kräfte sind durch intensive gewerkschaftliche Tätigkeit am Orte viel zu sehr gebunden, als daß sie auch noch in agitatorischer Beziehung im Bezirk Erpirisches leisten könnten. Folglich muß, wenn die Arbeit im Bezirk nicht vernachlässigt werden soll, unsere Ortsverwaltung von der Gauleitung kräftig unterstützt werden. Für die in den Steinbruderzeilen beschäftigten Mitglieder sind Forderungen auf neue Zulagen eingereicht, ebenso ist für diese Kollegen und Kolleginnen ein Tarifentwurf in Vorbereitung, so daß wohl damit zu rechnen ist, daß in absehbarer Zeit die Gesamtheit unserer Zahlstelle im Genus von Tarifen ist. Dem in der letzten Mitgliederversammlung gegebenen Kasienbericht wäre folgendes zu entnehmen: A. Hauptkasse: Einnahmen 6103,10 M., Ausgaben 1436 M., an die Hauptkasse nach Berlin abgeführt 4607,10 M. B. Ortskasse: Einnahmen 2439,95 M., Ausgaben 1302 M., Stand am 1. Oktober 1137,95 M. Der Mitgliederstand am 1. Oktober war 134 männliche, 234 weibliche, zusammen 368 Mitglieder. — Bei dieser Gelegenheit wurde auch der in der Nr. 44 der „Solidarität“ abgedruckte Kasienbericht vom zweiten Quartal 1920 des Hauptvorstandes dem Gegenstand scharfer Kritik. Es waren in der Hauptsache die recht hohen Ausgaben und der verhältnismäßig geringe Anteil der Ausgaben für Unterstützungen, welche beanstandet wurden. Auch der so teure Verbandsbeitrag war ein Punkt lebhafter Erörterungen. In der genannten Versammlung wurde in der Debatte auch betont, daß die Notwendigkeit intensiver Aufklärung in gewerkschaftlicher sowohl wie auch in sozialpolitischer Beziehung durch Wort und Schrift eine brennende geworden ist, nur über die Mittel und Wege dazu konnte man sich nicht einigen. Wenn wir den guten Besuch der beiden letzten Versammlungen als Maßstab anlegen dürfen für beginnende Hebung des gewerkschaftlichen Interesses, so dürfen wir, wenn die Sache so weiterschreitet, in Karlsruhe sehr wohl zufrieden sein.

### Rundschau

Die 1. ordentliche Generalversammlung der „Graphischen Union“, des Verbandes der Deutschen graphischen Arbeiter in der Tschechoslowakei, tagte am 31. Oktober und 1. November in Reichenberg in Böhmen. Berieten waren 16 Ortsgruppen, außerdem waren Vertreter der Zentralstellen der Arbeiter der tschechoslowakischen Republik erschienen. Ebenfalls nahm Kollege Blazek vom Reichsverein der Hilfsarbeiter Deutsch-Oesterreichs an den Verhandlungen teil. Das internationale Sekretariat der Gewerkschaften in Brüssel und der Buchbinder in Bern, ebenfalls die ausländischen Organisationen hatten Begleitungsbescheide gefandt. Die Berichte über die Tätigkeit der Ortsverwaltung wurden von der Generalversammlung genehmigt und dem Vorstand für die muftergültige Führung der Geschäfte Entlastung erteilt. Die Anträge des Verbandsvorstandes über die Neuregelung der Beiträge und der Unterstützungsbeiträge kamen mit einer unwesentlichen Änderung bei der Arbeitslosenunterstützung, nachdem eine Kommission die Festsetzung des Status vorgenommen hatte, zur Annahme. Festgesetzt wurde noch, daß diejenigen Mitglieder, die verkürzt arbeiten, nicht zur vollen Beitragsleistung herangezogen werden, sondern entsprechend der Arbeitszeitverlängerung nur 2 (bei 3 Tagen in der Woche) oder 3 Beiträge (bei 4 und 5 tägiger Beschäftigung) im Monat zu entrichten haben. Nach erfolgter Erhöhung des Krankengeldes bei den Krankentagen soll die Krankenunterstützung des Verbandes eingestellt werden. Zum 4. Gegenstand „Ausbau der Organisation“ standen verschiedene Anträge über den Widerstandsfond, den Bildungsfond, die Stellenvermittlung und die Schiedsgerichte zur Debatte. Alle Anträge wurden nach ausführlicher Begründung durch den Kollegen Werthens einstimmig angenommen. Die Generalversammlung erkannte in einer Entschließung an, daß die vom Verbandsvorstand über den Ausbau der Organisation herausgegebenen Richtlinien die Grundlage für die weitere Tätigkeit im Verbandsbilden sollen. Besonders hingewiesen wurde darauf, daß bei allen wirtschaftlichen und organisatorischen Maßnahmen in Bezug auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, der Entlohnung, der Ein- und Durchsetzung des Tarifvertrages, wie überhaupt bei allen Vereinbarungen mit den Unternehmern und deren Organisationen, nur mit Zustimmung und,

wenn notwendig, Unterstützung der Zentrale vorgegangen werden darf. Nach den Wahlen zur Verbandsleitung hielt Genosse Macoun ein instruktives Referat über die zukünftigen Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen. Ueber die Tagung selbst soll ein stenographisches Protokoll, das als Beilage des Verbandsorgans erscheinen wird, die Mitglieder eingehend unterrichten.

### Anzeigen

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied  
**Marie Kalkschmidt**  
(i. Fa. Schupp & Nierth)  
plötzlich verstorben ist.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr  
**Die Mitgliedschaft Dresden.**

**Nachruf.**  
Am 11. Dezember 1920 verstarb nach kurzer Krankheit unsere liebe Kollegin  
**Gertha Otto**  
(i. Fa. Paul Bahl)  
im Alter von 28 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr  
**Die Zahlstelle Hamburg.**

**Nachruf.**  
Am 15. Dezember 1920 verstarb plötzlich und unerwartet unsere liebe Kollegin  
**Solantha Breslauer**  
(i. Fa. L. Schirmer)  
im Alter von 25 Jahren.  
Ein treues Andenken bewahrt ihr  
**Die Zahlstelle Glatz.**

### Zahlstelle Berlin.

Am Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im Rose-Theater die nächste

### Theater-Vorstellung

statt. Zur Aufführung gelangt „Eröffnung auf Segen“ von Hebermann. Billets im 1. Garderobe und Theaterzettel sind zum Preise von 3,30 M. ab Montag, den 2. Januar, im Verbandsbureau, Alte Fathstr. 3, zu haben.

Die bezahlten Billets der ausgefallenen November-Vorstellung können vom selben Tage ab im Bureau umgetauscht werden.

Um recht regen Billetabfah ersucht  
Die Ortsverwaltung Berlin.

**Achtung!** **Bibliothek!** **Achtung!**  
Die Bibliothek wird zwecks Inventur am 3. Januar 1921 geschlossen. Sämtliche Bücher müssen an diesem Tage abgeliefert werden.  
Die Bibliothek-Kommission.  
D. Reich.

Unserm Kollegen Rudolf Reben zu seiner 25 jährigen Verbandsangehörigkeit unsere herzlichsten Glückwünsche.  
Die Kollegenschaft der Verlagsgesellschaft  
Deutscher Konsumvereine, Hamburg.

### Eine ganze Bibliothek für nur neun Mark

erhalten Sie durch das „Wirtschaftliche Arbeitsmarkenbuch“ „Einkauf alles, was man im Leben haben rasch wissen muss, u. B. Verfassung, Friedensvertrag, Meerwesen, Finanzen, Steuerwesen, Eisenbahnen, Auswanderung, Unternehmer- u. Arbeitnehmersverbände, Wirtschaftssysteme, Parteipolitik, Land, Arbeiter- u. Angestelltenrecht, Betriebsrecht, Soziale Versicherung, Lebensversicherung, Systeme der Volkswirtschaft, Sozialversicherung, Gewinnbeteiligung, Indexsystem, Taylorsystem, Schulwesen, Volkswirtschaftliche Fragen, Vorkurs, Einkommen usw. Preis M. 9.—, beim Volkverlag f. Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pflanzstrasse 8.